

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Art des öffentlichen Auftraggebers: Obere, mittlere und untere Bundesbehörde, die den niedrigen Schwellenwert anwenden gem. § 106 Abs. 2 Nr. 1 GWB

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) - Aktualisierung des Gemeinsamen Zukunftskonzepts für den Deutsch-Polnischen Verflechtungsraum – Visualisierung und Kommunikation

Beschreibung: Das Gemeinsame Zukunftskonzept für den Deutsch-Polnischen Verflechtungsraum – Vision 2030 erfährt 2025 und 2026 eine Fortschreibung durch den Deutsch-Polnischen Raumordnungsausschuss. Neben inhaltlichen Anpassungen infolge vielfältiger Entwicklungen und internationaler Herausforderungen seit 2014 bedarf es auch neuer, an die Kommunikationsansprüche der Gegenwart angepasste Elemente der Darstellung und Vermittlung der Inhalte. Das Projekt soll dabei durch die Entwicklung von (karto-)grafischen und Layout-Elementen unterstützen – diese münden in der Neufassung einer zweisprachigen Broschüre. Eine Konferenz soll Inhalte und Stoßrichtung des Konzepts im Verflechtungsraum und anderen Grenzregionen kommunizieren und erste Schritte zur Umsetzung identifizieren.

Kennung des Verfahrens: 67597320-346f-44a6-a95b-56ee269227b7

Interne Kennung: 10.05.06-26.6

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Beschleunigtes Verfahren: nein

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Hauptklassifizierungscode (cpv): 79800000 Druckereidienste und verbundene Dienstleistungen des Druckgewerbes

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 79950000 Veranstaltung von Ausstellungen, Messen und Kongressen

2.1.2 Erfüllungsort

Ort: Bonn

NUTS-3-Code: Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

2.1.3 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 75,630.25 Euro

2.1.4 Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Siehe Vergabeunterlage "Informationen zur Vergabe"

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.5 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 2

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 2

2.1.6 Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung: Es gelten alle Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigelegt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Betrug oder Subventionsbetrug: Es gelten alle Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigelegt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Bildung krimineller Vereinigungen: Es gelten alle Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der

finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Bildung terroristischer Vereinigungen: Es gelten alle Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Einstellung der beruflichen Tätigkeit: Es gelten alle Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Es gelten alle Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3

vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Insolvenz: Es gelten alle

Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Interessenkonflikt: Es gelten alle

Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags: Es gelten alle

Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung: Es gelten alle

Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren: Es gelten alle Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Rein nationale Ausschlussgründe: s. Dokument "Informationen zur Vergabe"

Schwere Verfehlung: Es gelten alle Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens: Es gelten alle Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen

Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Es gelten alle Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Es gelten alle Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Es gelten alle Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der

finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen:
Es gelten alle

Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben: Es gelten alle

Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen: Es gelten alle

Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU)

2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: [http://www.base.gov.pt /deucp/filter? lang=de](http://www.base.gov.pt/deucp/filter?lang=de) hochgeladen und ausgefüllt werden.

Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung: Es gelten alle Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt /deucp/filter? lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

Zahlungsunfähigkeit: Es gelten alle Ausschlussgründe gemäß §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hierzu ist eine Eigenerklärung gem. §§ 122 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit §§ 42. ff. der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeordnung - VgV) einzureichen. Dies hat zwingend mittels der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung zu erfolgen; ein Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen mittels anderer Belege ist nicht zulässig. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung ist in Form des Anhangs 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 der Kommission vom 05. Januar 2016 zur Einführung des Standardformulars für die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (ABl. L 3 vom 06.01.2016, S. 16) zu übermitteln. Sie ist handschriftlich zu unterschreiben bzw. rechtsgültig zu signieren. Hierfür ist den Ausschreibungsunterlagen ein vorausgefülltes Formular zur EEE beigefügt. Die espd-request.xml kann über den Link: <http://www.base.gov.pt /deucp/filter? lang=de> hochgeladen und ausgefüllt werden.

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los : LOT-0001

Titel: Konzeption und Umsetzung der kartographischen Visualisierung und des Layouts des Zukunftskonzepts (in Form einer Broschüre)

Beschreibung: Gegenstand von Los 1 ist es, die Botschaften und Inhalte des fortgeschriebenen Konzeptes durch kartographische Elemente sowie ein angepasstes Layout der Broschüre in eine moderne Bildsprache und graphische Formen der Wissensvermittlung zu übersetzen. Diese Aufgaben der Visualisierung umfassen:

- Umsetzung einer Bildsprache, die den bilateralen-kooperativen Charakter des Konzeptes unterstützt und den bilateralen-kooperativen Charakter des Konzeptes und die erfolgreiche gemeinsame Entwicklung unterstreicht.
- Erstellung kartographischer und infografischer Darstellungen, die nicht nur empirische, sondern auch ideell-visionäre Inhalte transportieren.

- Erarbeitung einer Broschüre für einen breiten Adressatenkreis aus Akteuren der Raumentwicklung, Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung sowie für die interessierte Öffentlichkeit.
- Vorschläge zur Entwicklung eines „Corporate Design“ für das GZK2050 (Powerpoint-Template, Entwurf Roll-Up, Bausteine für Poster (A 0, A 1))

Die generelle Gestaltung der Broschüre und die Kartographie sollen die Verwandtschaft mit dem ursprünglichen Konzept und den Dokumenten zu seiner Umsetzung erkennen lassen; gleichzeitig in ein modernes überarbeitetes Erscheinungsbild überführen. Neben einem guten Raumverständnis sind Kreativität und ggfs. eine Portion Humor erforderlich.

Teilnehmende an einem Workshop des Deutsch-Polnischen Raumordnungsausschuss haben im Dezember 2025 bei einem Brainstorming erste Vorstellungen davon entwickelt, wie die inzwischen sechs Handlungsfelder visualisiert und attraktiv verständlich gemacht werden. Neben wissenschaftlich-inhaltlichem Verständnis spielte bei diesem Austausch die kreative Note eine wichtige Rolle. Die Entwürfe liegen auf Papier und digitalisiert vor und sollen berücksichtigt werden. Diese Entwürfe sowie Protokolle des Austauschs werden durch das BBSR auf Anfrage für Zwecke der Angebotserstellung zur Verfügung gestellt (siehe Kontaktdaten in der Bekanntmachung). Es wird ausdrücklich auf die Vertraulichkeit der Unterlagen hingewiesen. Diese dürfen ausschließlich zum Zwecke der Angebotserstellung verwendet werden. Sie dürfen nicht weitergegeben werden und sind nach der Angebotserstellung zu vernichten bzw. zu löschen.

- Die Karten bzw. Abbildungen sollen prägnant auf die sechs definierten Handlungsfelder eingehen und eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit erzeugen
- Es ist keine scharfe Abgrenzung der Situation entlang von Verwaltungsgrenzen oder der georeferenzierten Lage von Straßen, Schienenwegen oder ähnlichem erforderlich
- Zu jeder Karte soll es nur eine Version geben, d.h. sie müssen zweisprachig beschriftet werden.
- Für jede Karte sind bis zu drei fortgeschriebene Entwurfsfassungen erforderlich
- Die endgültige Zahl der Karten/Kartographischen Darstellungen wird im Laufe des Vorhabens festgelegt – sie wird bei mindestens sieben liegen.
- Auf Basis der Entwürfe sollen Empfehlungen für weitere Elemente der Öffentlichkeitsarbeit wie Powerpoint-Präsentationen, Roll-Ups, Poster u.ä. abgeleitet werden.
- Alle Entwurfs- und Endfassungen müssen in deutscher und polnischer Sprache vorgelegt werden. Die Texte, die es visuell/grafisch zu unterstützen gilt, werden durch die Vorarbeiten des Deutsch-Polnischen Raumordnungsausschusses in verbindlichen polnischen und deutschen Fassungen vom Auftraggeber bereitgestellt
- Abstimmung mit Mitgliedern des Deutsch-Polnischen Raumordnungsausschusses:
 - o Teilnahme am Workshop der AG GZK2050 im Mai 2026 in Berlin, Anwesenheit von ca. drei Stunden erforderlich, dort Vorstellung der Entwürfe. Das Feedback der AG-Mitglieder fließt dann in die Weiterentwicklung der Entwürfe ein.
 - o Teilnahme am Workshop der AG GZK2050 im Oktober 2026 in Polen, Anwesenheit von ca. drei Stunden erforderlich. Dort präsentiert der Auftragnehmer die Überarbeitung und ermöglicht letzte Änderungen, sodass die Entwürfe bis Ende November 2026 finalisiert werden können.

Interne Kennung : Los 1

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags : Dienstleistungen

Hauptklassifizierungscode (cpv): 79800000 Druckereidienste und verbundene Dienstleistungen des Druckgewerbes

5.1.2 Erfüllungsort

NUTS-3-Code : Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land : Deutschland

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort :

5.1.3 Geschätzte Dauer

Laufzeit : 10 Monat

5.1.5 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt. : 58,823.53 Euro

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme : Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben : Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen : nein

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) : ja

Zusätzliche Informationen : #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung : Keine strategische Beschaffung

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien : Bekanntmachung

Kriterium : Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung : s. Vergabeunterlagen "Eignungskriterien Los 1" und "Informationen zur Vergabe"

5.1.10 Zuschlagskriterien

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann : s. Vergabeunterlagen "Zuschlagskriterien Los 1" und "Informationen zur Vergabe"

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen : Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen : <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=842114>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung :

Elektronische Einreichung : Erforderlich

Adresse für die Einreichung : <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=842114>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können : Deutsch

Elektronischer Katalog : Nicht zulässig

Nebenangebote : Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen : Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote : 07/04/2026 10:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss : 2 Monat

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können :

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist teilweise ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen : Siehe Vergabeunterlage "Informationen zur Vergabe"

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung :

Datum des Eröffnungstermins : 07/04/2026 10:05

Auftragsbedingungen :

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten : Nein

Elektronische Rechnungsstellung : Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt : ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet : ja

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung :

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem :

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle : Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen : Gemäß §160 Abs. 3 Nr. 4 GWB ist der Antrag unzulässig, soweit mehr als 15

Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

5.1 Interne Referenz-ID Los : LOT-0002

Titel: Kommunikation des Gemeinsamen Zukunftskonzeptes 2050 für den deutsch-polnischen Verflechtungsraum - Inhaltliche Vorbereitung und Organisation einer internationalen Konferenz

Beschreibung: Eine Fach-Konferenz in Berlin soll das Zukunftskonzept einer breiten Öffentlichkeit von Stakeholdern bekannt machen und es als Inspirationsquelle für Umsetzungsaktivitäten vorstellen. Diese öffentlichkeitswirksame Veranstaltung soll Gelegenheit zu konstruktiver Diskussion bieten und das Konzept von der Theorie in die Praxis transportieren. Neben deutschen und polnischen Teilnehmenden sollten auch Akteure aus Tschechien und anderen Grenzregionen um Deutschland eingeladen werden, um Synergien mit ähnlichen Initiativen zu nutzen.

Der polnische Ko-Vorsitz des Deutsch-Polnischen Raumordnungsausschusses sowie Länder und Wojewodschaften im Verflechtungsraum sollen in geeigneter Weise bei der Realisierung berücksichtigt werden.

Eckpunkte der Konferenz:

Zeitraum: 1. Quartal 2027

Ort: Präferenz Berlin in Liegenschaft des Bundes, großer Raum für Plenum sowie weitere (Neben-)Räume für mögliche Workshops erforderlich

Ca. 100 Teilnehmende

Definition und Abstimmung der Zielgruppe (planerisch, Zivilgesellschaft, akademisch, ggf. Politik)

halbtägige Veranstaltung, z.B. 10:00 bis 15:30 Uhr

Eröffnung durch Ministerin/Staatssekretär angestrebt
Arbeitsgruppen, Workshops, Podiumsdiskussionen zu den Handlungsfeldern des
Gemeinsamen Zukunftskonzepts (Dauer ca. 90 Minuten; mit Moderator, Protokollant,
Impulsreferaten)
durchgehend simultan deutsch/polnisch übersetzt
professionelle, zweisprachige Moderation
Veranstaltung soll fotografisch und durch eine Videoaufzeichnung dokumentiert
werden
Online-Anmeldemöglichkeit, zu verlinken durch das Deutsch-Polnische
Raumordnungsportal
Empfang / Registrierung, Ausgabe von Konferenzunterlagen
Catering je nach Zeitplan
Optional kulturelles Beiprogramm (Musik, Kleinkunst, o.ä.)

Aufgaben:

- Entwicklung der oben skizzierten Eckpunkte zu einem endgültigen Tagungsprogramm
- Ansprache von Moderator, ReferentInnen, PodiumsteilnehmerInnen, möglichen
Workshop-Akteuren
- Aktualisierung und Ergänzung eines Adressverteilers für deutsche und polnische
Akteure im Verflechtungsraum (Verwaltungen ab Ebene Amt aufwärts, Wirtschafts-
und Sozialpartner, Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen, Kammern,
Forschungseinrichtungen, Wirtschaftsförderer, Akteure des Verkehrs- und
Umweltsektors, ...)
- Im Anschluss an Konferenz kurze schriftliche Zusammenfassung und
Schlussfolgerungen der Veranstalter durch Abschlussbesprechung
- Abstimmungsgespräche mit Auftragnehmer (monatlich, online; das letzte soll vor der
Veranstaltung am Veranstaltungsort stattfinden (Begehung, Technik, etc.))

Interne Kennung: Los 2

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Hauptklassifizierungscode (cpv): 79950000 Veranstaltung von Ausstellungen,
Messen und Kongressen

5.1.2 Erfüllungsort

NUTS-3-Code: Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:

5.1.3 Geschätzte Dauer

Laufzeit: 9 Monat

5.1.5 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 16,806.72 Euro

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung
eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche
Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und
mittlere Unternehmen (KMU): ja

Zusätzliche Informationen : #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung : Keine strategische Beschaffung

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien : Bekanntmachung

Kriterium : Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung : siehe Vergabeunterlagen "Eignungskriterien Los 2" und "Informationen zur Vergabe"

5.1.10 Zuschlagskriterien

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann : s. Vergabeunterlagen "Zuschlagskriterien Los 2 und "Informationen zur Vergabe"

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen : Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen : <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=842114>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung :

Elektronische Einreichung : Erforderlich

Adresse für die Einreichung : <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=842114>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können : Deutsch

Elektronischer Katalog : Nicht zulässig

Nebenangebote : Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen : Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote : 07/04/2026 10:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss : 2 Monat

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können :

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist teilweise ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen : Siehe Vergabeunterlage "Informationen zur Vergabe"

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung :

Datum des Eröffnungstermins : 07/04/2026 10:05

Auftragsbedingungen :

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten : Nein

Elektronische Rechnungsstellung : Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt : ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet : ja

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung :

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gemäß §160 Abs. 3 Nr. 4 GWB ist der Antrag unzulässig, soweit mehr als 15

Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

8 Organisationen

8.1 ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Identifikationsnummer: 991-10648-23

Postanschrift: Deichmanns Aue 31 - 37

Ort: Bonn

Postleitzahl: 53179

NUTS-3-Code: Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: rueckfragepool@bbr.bund.de

Telefon: +49 228-004010

Internet-Adresse: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/ausschreibungen/_node.htm

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes

Identifikationsnummer: 00000

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16

Ort: Bonn

Postleitzahl: 53113

NUTS-3-Code: Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: 0228 9499-0

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

10 Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung: 9ce6074a-28e3-45ad-ae48-69c84b63ded7-02

Hauptgrund für die Änderung: Aktualisierte Informationen

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: f7e6bab1-4132-4577-b6f1-adf58cd37aa9 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 18/03/2026 09:36

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch